

Nr. 18/554**Gesetz zur Ausweitung des Wahlrechts**

Bericht und Antrag des nichtständigen Ausschusses „Ausweitung des Wahlrechts“ vom 16. Januar 2013
(Drucksache 18/731)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) hat das Gesetz zur Ausweitung des Wahlrechts (Anlage 6 zur Drucksache 18/731) bereits in erster Lesung beschlossen. Sie beabsichtigt, dieses Gesetz auch in zweiter Lesung zu beschließen, sofern der Staatsgerichtshof die Vereinbarkeit dieses Gesetzes mit der Verfassung bejaht. Nach den bisherigen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und des Staatsgerichtshofs zum Ausländerwahlrecht (BVerfG, Urteil vom 31. Oktober 1990, Az.: 2 BvF 2/89, 2 BvF 6/89, BVerfGE 83, 37 ff.; BVerfG, Urteil vom 31. Oktober 1990, Az.: 2 BvF 3/89, BVerfGE 83, 60 ff.; Staatsgerichtshof der Freien Hansestadt Bremen, Entscheidung vom 8. Juli 1991, Az.: St 2/91, BremStGHE 5, 26, 46 ff.) ist die Vereinbarkeit dieses Gesetzes mit Artikel 66 Abs. 1 BremLV und Artikel 67 Abs. 1 BremLV allerdings umstritten. Die Bürgerschaft (Landtag) hält aus den unter anderem vom Gutachter Prof. Dr. Dr. h. c. Ulrich K. Preuß in seinem Gutachten vom 16. November 2012 (Anlage 4 zur Drs. 18/731) vorgetragene Gründe die vorgenannte Rechtsprechung für überholt und das Gesetz zur Ausweitung des Wahlrechts für verfassungskonform. Zur Klärung der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit legt die Bürgerschaft (Landtag) gemäß Artikel 140 Abs. 1 BremLV dem Staatsgerichtshof folgende Zweifelsfrage über die Auslegung der Verfassung vor:

„Ist das von der Bürgerschaft (Landtag) in ihrer Sitzung vom 24. Januar 2013 in erster Lesung beschlossene Gesetz zur Ausweitung des Wahlrechts mit der Verfassung – insbesondere Artikel 66 Abs. 1 und Artikel 67 Abs. 1 BremLV – vereinbar?“

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Ausschusses „Ausweitung des Wahlrechts“ bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Bericht des Ausschusses „Ausweitung des Wahlrechts“ zur Kenntnis.

Nr. 18/555**Stromabschaltungen und soziale Spaltung**

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 9. November 2012
(Drucksache 18/635)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2012

(Drucksache 18/707)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/556

Prävention von Säuglingssterblichkeit im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 13. November 2012
(Drucksache 18/640)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2012

(Drucksache 18/708)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/557

Zeitgemäße Behindertenausweise einführen!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 5. November 2012
(Drucksache 18/623)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Voraussetzungen für die Einführung eines zeitgemäßen Behindertenausweises im Lande Bremen bereits im Frühjahr 2013 sicherzustellen. Dabei ist auch eine entsprechende Anpassung des „Beiblatts zum Ausweis des Versorgungsamtes“ zu berücksichtigen.

Nr. 18/558

Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes – Eilzuständigkeit für Zollvollzugsbeamte im Bremer Polizeigesetz verankern

Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. Dezember 2012
(Drucksache 18/690)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist den Gesetzesantrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres und Sport.

Nr. 18/559

Bericht „Netzwerk gegen Diskriminierung“

Mitteilung des Senats vom 11. Dezember 2012
(Drucksache 18/694)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/560

Gesetz zur Änderung des Bremischen Verwaltungsverfahrensgesetzes – Akteneinsicht für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte in Verwaltungsverfahren zukünftig auch in den eigenen Büroräumen ermöglichen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. November 2012
(Drucksache 18/642)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 18/561

Erwachsene Menschen beim Lesen und Schreiben lernen mehr unterstützen

Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2012
(Drucksache 18/705)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/562

Genehmigungsverfahren für Groß- und Schwertransporte optimieren

Antrag der Fraktion der CDU
vom 19. Dezember 2012
(Drucksache 18/719)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

Nr. 18/563

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 15 vom 16. Januar 2013

(Drucksache 18/732)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 18/564

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Sanem G ü n g ö r

anstelle der als weiteres Mitglied des Senats gewählten Ulrike Hiller zum Mitglied und den Abgeordneten

Dr. Thomas v o m B r u c h

anstelle des Abgeordneten Heiko Strohmann zum stellvertretenden Mitglied des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses.

Nr. 18/565

Wahl eines Mitglieds des Rechtsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Sanem G ü n g ö r

anstelle der als weiteres Mitglied des Senats gewählten Ulrike Hiller zum Mitglied des Rechtsausschusses.

Nr. 18/566

Wahl von zwei Mitgliedern und zwei stellvertretenden Mitgliedern des Ausschusses für Integration, Bundes- und Europangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Manfred O p p e r m a n n

anstelle der als weiteres Mitglied des Senats gewählten Ulrike Hiller und die Abgeordnete

Susanne G r o b i e n

anstelle der aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Rita Mohr-Lüllmann zu Mitgliedern und die Abgeordnete

Sanem G ü n g ö r

anstelle des Abgeordneten Manfred Oppermann und den Abgeordneten

Carl K a u

anstelle der Abgeordneten Susanne Grobien zu stellvertretenden Mitgliedern des Ausschusses für Integration, Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit.

Nr. 18/567

Wahl eines Mitglieds des Richterwahlausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Sanem G ü n g ö r

anstelle der als weiteres Mitglied des Senats gewählten Ulrike Hiller zum Mitglied des Richterwahlausschusses.

Nr. 18/568

Wahl eines Mitglieds des nichtständigen Ausschusses „Ausweitung des Wahlrechts“

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Sanem G ü n g ö r

anstelle der als weiteres Mitglied des Senats gewählten Ulrike Hiller zum Mitglied des nichtständigen Ausschusses „Ausweitung des Wahlrechts“.

Nr. 18/569

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Inneres und Sport

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Frau Verena B e h r e n s

anstelle der als weiteres Mitglied des Senats gewählten Ulrike Hiller zum Mitglied der staatlichen Deputation für Inneres und Sport.

Nr. 18/570

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Kultur

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Claas R o h m e y e r

anstelle der aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Rita Mohr-Lüllmann zum Mitglied der staatlichen Deputation für Kultur.

Nr. 18/571

Wahl eines Mitglieds des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Carl K a u

anstelle des Abgeordneten Dr. Thomas vom Bruch zum Mitglied des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses.

Nr. 18/572

Wahl eines Mitglieds des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Carl K a u

anstelle der Abgeordneten Susanne Grobien zum Mitglied des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen.

Nr. 18/573

Wahl eines Mitglieds des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Carl K a u

anstelle des Abgeordneten Dr. Thomas vom Bruch zum Mitglied des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses.

Nr. 18/574

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Frau Sabine M e t c h i e s

anstelle des Abgeordneten Max Liess zum Mitglied der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

Nr. 18/575

Strategien zur Förderung der seelischen Gesundheit entwickeln!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 14. November 2012
(Drucksache 18/651)

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat,

1. zu prüfen, wie die seelische Gesundheit von Schülerinnen und Schülern der bremischen Schulen gefördert werden kann. Angrenzende Angebote, wie z. B. frühkindliche Förderung und Kindertagesheime, sind mit einzubeziehen. Hierbei soll das gesunde Bedürfnis nach Bewegung ebenso Berücksichtigung finden wie die Förderung von Kreativität, Selbstfürsorge und Solidarität.
2. eine Initiative zur Förderung der seelischen Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bremer Betriebe zu ergreifen und die Betriebe aufzufordern, sich hierbei an den neuen Richtlinien der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA) zu orientieren. Dazu gehört insbesondere auch die

Gefährdungsbeurteilung der Arbeitsplätze hinsichtlich der psychischen Arbeitsbelastungen. Inwiefern der öffentliche Dienst in Bremen eine Vorreiterrolle einnehmen kann, soll geprüft werden.

3. sich bei der Entwicklung der Strategie an wissenschaftlichen Erkenntnissen zu orientieren und, soweit vorhanden, Best-Practice-Modelle zu identifizieren und als Modelle zu nutzen.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sowohl den Ziel- und Maßnahmenplan als auch die Strategien innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung der Bürgerschaft (Landtag) vorzustellen.

Nr. 18/576

Vertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und den Islamischen Religionsgemeinschaften im Lande Bremen

Mitteilung des Senats vom 11. Dezember 2012

(Drucksache 18/693)

Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2013

(Drucksache 18/727)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats (Drucksache 18/693) Kenntnis.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Vertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und den Islamischen Religionsgemeinschaften im Lande Bremen (Drucksache 18/727) zu.

Nr. 18/577

Vertrag mit den islamischen Religionsgemeinschaften im Konsens gestalten

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU

vom 22. Januar 2013

(Drucksache 18/737)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 18/578

Asylpolitik in Europa: Deutsche Blockade zugunsten von Menschenrechten und Harmonisierung beenden

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 5. Oktober 2012

(Drucksache 18/593)

- I. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel einzuleiten,
 1. eine am Menschenrechtsschutz orientierte Harmonisierung der Asylpolitik der EU-Mitgliedsländer entsprechend den europäischen Verträgen zu erreichen und
 2. die Rechte der Flüchtlinge in Deutschland entsprechend bestehender europäischer Richtlinien weiterzuentwickeln.
- II. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bei zukünftigen europäischen Anhebungen der Mindeststandards, auf Bundesebene seinen Einfluss dahingehend zu nutzen, dass diese Veränderungen unverzüglich in innerstaatliches Recht transformiert werden.

Nr. 18/579

Lohndrückerei im Werftsektor verhindern – öffentliche Beteiligungsverantwortung wahrnehmen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 9. Januar 2013
(Drucksache 18/721)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/580

Meinungsfreiheit an Hochschulen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Januar 2013
(Drucksache 18/723)

D a z u

Änderungsantrag des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 23. Januar 2013

(Drucksache 18/745)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/581

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Kriterien „guter Arbeit“ in die Wirtschaftsförderung integrieren
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. November 2012
(Drucksache 18/664)
2. Eine Stadt – ein Tarif
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. November 2012
(Drucksache 18/670)
3. Bedarfsgerechte Versorgung mit Palliativ- und Hospizplätzen im Land Bremen sicherstellen
Mitteilung des Senats vom 27. November 2012
(Drucksache 18/674)
4. Bremen braucht alle Köpfe – Perspektiven für Hochschulabsolventinnen und -absolventen aus Nicht-EU-Ländern verbessern
Mitteilung des Senats vom 27. November 2012
(Drucksache 18/675)
5. Familiengerechte Ausgestaltung des Ehegattennachzugs
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 30. November 2012
(Drucksache 18/678)
6. Mehr Berufsausbildungspartnerschaften im Land Bremen unterstützen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 3. Dezember 2012
(Drucksache 18/680)

7. Weiterentwicklung der Psychiatriereform in Bremen – ein gesundheitspolitisches Zukunftskonzept!
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. Dezember 2012
(Drucksache 18/685)
8. Energiegenossenschaften fördern – Energiewende vorantreiben
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 6. Dezember 2012
(Drucksache 18/686)
9. Solarstrom für öffentliche Gebäude
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 6. Dezember 2012
(Drucksache 18/687)
10. 500 Jahre Reformation: 31. Oktober 2017 zum gesetzlichen Feiertag erklären
Antrag der Fraktion der CDU
vom 7. Dezember 2012
(Drucksache 18/688)
11. Reformationstag
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. Januar 2013
(Drucksache 18/743)
12. Keine weitere Belastung des Schienenverkehrsknotens Bremen!
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 17. Januar 2013
(Drucksache 18/733)
13. Hafenhinterlandverkehr zukunftsgerecht ausbauen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 23. Januar 2013
(Drucksache 18/747)